

Der neue Bezirkspersonalrat



Hintere Reihe von links nach rechts:

Rudolf Aelker, Dieter Knutz,
Enno Emken, Tilman Schieferdecker,
Ralf-Uwe Rieger, Sigrid Wübbena,
vordere Reihe von links nach rechts:

Friedhelm Hollmann, Astrid Müller,
Margret Kohake, Grete Janssen,
Elisabeth Schramm, Doris Merg,
Maité Sychla

<http://www.gewweserems.de/sbpr.php>

„Modell Niedersachsen – Schulpolitik auf dem Rücken von Lehrenden und Lernenden“

Außerordentliche JHV - 25. Mai 2008

Im Mittelpunkt der außerordentlichen Jahreshauptversammlung des Kreisverbandes Osnabrück – Stadt stand das Referat des Bezirksvorsitzenden der GEW, Dieter Knutz, zum Thema „Modell Niedersachsen – Schulpolitik auf dem Rücken von Lehrenden und Lernenden“.

Dieter verwies in seinem Vortrag auf den Erfolg der GEW bei den Personalratswahlen am 8. und 9. April dieses Jahres. Zum ersten Mal konnte die GEW 13 von 19 Sitzen im Bezirk gewinnen.

Durch dieses Wahlergebnis wie durch die machtvolle Demonstration am 8. Mai in Hannover sei die Position der GEW Niedersachsen gegenüber der Landesregierung gestärkt worden. Die neue Kultusministerin Heister-Neumann habe ihre Pläne, die Ausgleichsphase des Lebensarbeitszeitkontos zu verschieben, zurück nehmen müssen. Das sei auch ein Erfolg der Kolleginnen und Kollegen in den Kreisverbänden, die eine tolle Organisation und Mobilisierung geschafft hätten.



Der Landesvorsitzende habe richtigerweise die Forderungen der GEW nicht nur auf das LAZKO beschränkt, sondern weitere Forderungen zur Verbesserung der Lern- und Arbeitsbedingungen an den niedersächsischen Schulen gestellt, unter anderem:

- ein Nachwuchsqualifizierungsprogramm – es fehlen Bewerberinnen und Bewerber in den niedersächsischen Schuldienst,
- zusätzlich 2000 Stellen für die Sicherung der Unterrichtsversorgung,
- die Erhöhung der Bezahlung nach dem TV-L,
- die Weiterführung der Alterszeit nach dem Muster anderer Bundesländer,
- keine Erhöhung der Wochenarbeitszeit und des Regelpensionsalters im neuen Landesbeamtengesetz.

Um weitere Belastungen der Kolleginnen und Kollegen zu vermeiden, sei die Umsetzung dieser Forderungen dringend notwendig. Die niedersächsische Umsetzung des TV-L führe dazu, dass voll ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer in Vollzeit mit 1400 • netto abgespeist werden. Für Feuerwehrlehrkräfte in Teilzeit reiche der entsprechend niedrigere Betrag häufig nur um die Fahrkosten zum Wohnort zu bezahlen. „Nie-



sachsen verliert qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber an andere Bundesländer, da man sie dort in höhere Besoldungsstufen einstellt“, so der Bezirksvorsitzende. Dieter kritisierte auch den Mangel an Seminarplätzen. Viele Stellen könnten heute nicht oder nur unter Schwierigkeiten besetzt werden, da das Land Niedersachsen nicht genügend ausbilde. Mehr Seminarplätze müssen geschaffen werden. Deshalb fordert die GEW ein Nachwuchsqualifizierungsprogramm und eine bessere Bezahlung für Berufsanfängerinnen und -anfänger.

„Niedersachsen befindet sich in Sachen Unterrichtsversorgung auf einer Gratwanderung. Zusätzlich zu den 250 Stellen, die allein für

den Ausgleich der LAZKO – Stunden erforderlich sind, müssen zusätzlich 2000 Lehrkräfte in den Schuldienst eingestellt werden“, so Dieter.

Angesichts der Belastung es pädagogisch-en Personals sei die Auseinandersetzung über die Ausgleichsregelung für die LAZKO - Stunden nur der Auslöser für die wütenden Proteste der Kolleginnen und Kollegen gewesen. Mit der zusätzlichen Arbeit durch Verwaltungsaufgaben, Vergleichsarbeiten, zentrale Abschlussprüfungen, Dienstbesprechungen und Konferenzen sei die Obergrenze der Belastung erreicht und schon überschritten. „Der Frust der Kolleginnen und Kollegen ist auch deshalb so groß, weil immer weniger Zeit für die Pädagogische Arbeit bleibt.“ Die Demonstration und die weiteren Protestaktionen hätten eines deutlich gemacht: „Wer die Wochenarbeitszeit oder die Lebensarbeitszeit der Beschäftigten in den Schulen erhöhen will, wird auf massiven Widerstand stoßen!“

In der Schulstrukturdebatte stecke die Landesregierung den Kopf in den Sand. Trotz der offensichtlichen Krise des gegliederten Schulsystems, die in der Abwahl der Hauptschule und der wachsenden Nachfrage nach Gesamtschulen ihren Ausdruck finden, drücken sich Frau Heister-



Neumann und Herr Wulf um deutliche Aussagen. Das durch den Druck vor der Landtagswahl gegebene Versprechen des Ministerpräsidenten, das Errichtungs- und Erweiterungsverbot für Gesamtschulen zu kippen, erweist sich als Mogelpackung. Wenn die Gründung einer Gesamtschule nicht zu einem Ersetzen des gegliederten Systems führen dürfe, sei die Neugründung insbesondere im ländlichen Raum in Frage gestellt. Dieter: „Der Ministerpräsident sollte sich in Niedersachsen einmal umhören. Die Schulträger - selbst in CDU-dominierten Regionen - äußern sich dazu aber ganz anders als die Landesregierung - sie wollen

Gesamt-schulen, um ein wohnortnahes Schulangebot zu erhalten.“

Das staatliche Schulsystem müsse weiter ausgebaut werden. Für alle müsse der Zugang zu den Bildungsgängen und höheren Bildungsabschlüssen offen sein. Der Bezirksvorsitzende der GEW erteilte allen Versuchen, durch die Gründung von Privatschulen und Stiftungsschulen das staatliche Schulwesen zu unterhöhlen, eine Absage: „Die GEW ist weiter gefordert und muss weiter aktionsbereit sein. Dass man gemeinsam etwas erreichen kann, hat der 8. Mai 2008 gezeigt. Darauf können wir aufbauen!“

Satzung des Kreisverbandes mit Mehrheit geändert

Die vom Kreisvorstand vorgeschlagenen Änderungen wurden von der Versammlung mit Mehrheit verabschiedet.

- Die ordentlichen Jahreshauptversammlungen finden zukünftig nicht mehr im letzten Quartal des Kalenderjahres, sondern im ersten Quartal des Folgejahres statt.
- Anträge zur Tagesordnung der JHV sind schriftlich bis spätestens acht Tage vor der JHV an den Vorstand einzureichen.
- Der Kreisvorstand wurde um die VertreterInnen der Fachgruppen, Referate und Ausschüsse erweitert, die im Vorstand auch stimmberechtigt sind.

Die neue Satzung befindet sich auf der Website:

www.gew-osnabrueck.de